

Sie können sie freisprechen, weil keine Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung eingetreten ist. Wer aber glaubt, daß bei sozialdemokratischen Redakteuren und Rednern die Richter annehmen werden, ihre Handlungen seien der gesellschaftlichen Ordnung nicht gefährlich, der verdient, für Geld gezeigt zu werden. Ob eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung eingetreten ist, das wird natürlich festgestellt nach den Befundungen von überwachenden Polizeibeamten usw., die diese Gefährdung natürlich ebenso pflichtgetreu empfinden werden, wie sie jetzt in allen nötigen Fällen stets das berühmte „öffentliche Vergernis“ verspüren. Und auf das Empfinden kommt's ja hier allein an, da die Gefährdung der gesellschaftlichen Ordnung nicht eine konkrete Störung der gesellschaftlichen Ordnung bedeutet. Es ist, wie die Rechtsprechung zeigt, nicht nötig, die Zuhörer oder Leser dahin zu bringen, die gesellschaftliche Ordnung tatsächlich zu stören, sondern lediglich, in ihnen eine Stimmung zu erzeugen, die sie zu solcher Störung geneigt macht. Ob solche Stimmung eingetreten ist, dafür gibt es naturgemäß fast keine zweifelsfreien, tatsächlichen Nachweise, so daß dieser Nachweis durch das Empfinden der Befundungszeugen, besonders von Polizeibeamten und die Eindrücke der Richter ersetzt wird. Also eine Kautschubestimmung, wie sie im Buche steht, vortrefflich geeignet zur Grundlage nacktester Klassenjustiz.

Natürlich hat der Entwurf auch alle andern Kautschuparagraphen des geltenden Rechts sorgfältig konserviert und zum Teil noch, wie nicht bloß der § 131 zeigt, verschlimmert. So wird z. B. in dem Paragraphen, der die Aufforderung zum Hochverrat behandelt, auch die Aufreizung eingefügt, auch in Rücksicht auf die „geschulteren Agitatoren“, wie die Begründung sagt. Erhalten wird der famose Paragraph, der im jetzigen Strafgesetzbuch die Nr. 130 führt, der die Aufreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegeneinander mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedroht. (Die neue Fassung sieht auch Haft vor und erhöht die Geldstrafe von 600 auf 2000 Mk.) Wie er gebraucht werden kann, haben uns die Blutrurteile gezeigt, die während der Hochflut des Wahlrechtskampfs in Preußen und Sachsen mit seiner Hilfe gefällt wurden. Erhalten wird der jetzige § 131, der die Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen oder Anordnungen der Obrigkeit wider besseres Wissen mit derselben Strafe, wie der vorhergehende Paragraph belegt. Bei der Beratung des jetzigen Strafgesetzbuchs haben diese Kautschuparagraphen von liberaler Seite heftige Angriffe erfahren — man darf gespannt darauf sein, wie sich der Liberalismus jetzt zu ihnen verhalten wird. Abgeschafft wird lediglich der sogenannte Kanzelparagraph, der den Geistlichen mit Gefängnis oder Festungshaft bedroht, der Staatsangelegenheiten in Ausübung seines Berufs in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise erörtert. Der „Kulturkampf“ ist vorbei, deshalb kann dieser Paragraph fallen. Der Kampf gegen die Arbeiterbewegung aber dauert an — deshalb sollen die andern politischen Kautschuparagraphen bleiben.

Bei den Strafanordnungen gegen politische Handlungen zeigt sich der Klassencharakter des Entwurfs natürlich am ehesten. Daß er auch in den übrigen Abschnitten nicht fehlt, werden die folgenden Artikel zeigen.

## Eine Abrechnung.

Dumpfes Entsetzen herrscht unter den bürgerlichen Parteien; Schlag auf Schlag folgen die Siege der Sozialdemokratie. Das Unglaublichste wird hier zum Ereignis; Kreise, auf die wir nicht in einem Jahrzehnt gerechnet hätten, fallen uns in die Hände. Die Landtagswahlen in Baden zeigen einen ungeheuren Stimmenzuwachs; in Sachsen bringt ein künstlich ausgeklügeltes Pluralsystem, das höchstens einem Paar untrer Leute Zugang zum Landtag geben sollte, uns einen wichtigen Sieg, und die Urheber des Systems liegen zerstückelt am Boden. „Es war keine Schlacht, es war ein Schlachten“ könnte man fast sagen. Überall ist es die Abrechnung, die die Volksmassen mit den Steuerreformern halten.

Zum Teil handelt es sich bei diesem Zustromen der Massen zu untrer Fahne um Arbeiter, die dem Zentrum oder dem Freisinn die Gefolgschaft kündigen; das ist die wertvollste Seite untrer Siege. Aber besonders kleinbürgerliche Massen waren es, die durch Abgabe eines roten Wahlzettels ihre Unzufriedenheit mit der Politik der herrschenden Klassen bekundeten. Das zeigt namentlich Sachsen ganz klar, wo wir nur durch die vielen uns zusehenden Pluralstimmen den Feind so gewaltig auf's Haupt schlagen konnten. Die Abrechnung ist nicht nur eine Abrechnung des Proletariats, das von Anfang an

die Steuerreform heftig bekämpfte; es sind die kleinbürgerlichen Massen, die jetzt mit den Parteien abrechnen, welche ihnen vor zwei Jahren alles versprochen, um sie nachher durch Massensteuern schamlos zu belasten.

Die Zwischenschichten zwischen Bourgeoisie und Proletariat, die die kleinbürgerliche Masse bilden, haben mit beiden Klassen einige Interessen gemeinsam und pendeln daher fortwährend zwischen ihnen hin und her. Jetzt sind sie gegen die junkerlichen und großkapitalistischen Herrscher aufgebracht; sie sind ein Teil der Masse, auf die die Herren die schweren Lasten der Weltpolitik abwälzten und nun fühlen sie ihre Wut an den bürgerlichen Politikern. Das nächstmal werden sie uns aber wieder im Stich lassen. Denn ihr inneres Wesen ist bürgerlich; ihr Herz und ihre Seele hängt an ihrem Privatbetrieb, der all ihr Denken beherrscht, und deshalb werden sie immer wieder ihre tiefinnerlichste Feindschaft gegen die sozialistischen Ziele der Arbeiter richten.

Das will nicht sagen, daß ein mit ihrer Hilfe gewonnener Sieg deshalb wertlos wäre. Die allmählich angehäufte revolutionäre Macht konnte immer nur dann zum Durchbruch kommen, wenn die Herrschenden sich durch besondere Maßnahmen bei den gleichgültigen Mittelschichten so verhasst machten, daß diese sich auf einmal gegen sie empörten. Wir werden natürlich die in dieser Weise gewonnene Machtposition aufs äußerste zur weiteren Stärkung untrer Macht ausnützen. Aber wir bleiben uns dabei bewußt, daß diese Hilfsstruppen nicht auf die Dauer bei uns bleiben, weil sie ganz andre Ziele haben als das Proletariat.

Die Arbeiter haben also allen Grund, sich nicht durch einen Siegestaumel mitreißen zu lassen, sondern ein kühles Haupt zu bewahren. Die Leipziger Volkszeitung wies sofort nach dem sächsischen Wahlausfall auf die Gefahr hin, dieses elende Pluralsystem könne jetzt, als seine wirkliche Natur zu unsern Gunsten verläßt, war eine zu günstige Aufnahme finden. Eine andre Gefahr liegt darin, daß unter den Arbeitern die parlamentarischen Illusionen neue Kraft bekommen. Unser Ziel ist nicht eine Anzahl Mandate, sondern die ganze gesellschaftliche Macht zu erobern. Können wir das durch die Wahlen? In Sachsen unter dem Pluralwahlrecht nicht, im Reichstag ohne Neuaufteilung der Wahlkreise auch nicht, und in Preußen mit seinem Dreiklassenwahlrecht erst recht nicht. Solange wir aber nicht die Macht in Preußen besitzen, wäre eine Mehrheit in einem der andern Bundesstaaten wertlos, denn sie sind im Grunde nur preußische Vasallenstaaten.

Bei diesen Wahlen ist nichts andres geschehen, als daß die Massen sich enttäuscht von den bürgerlichen Parteien abwenden. Aber die Enttäuschung der Massen hat hier politisch keine ausschlaggebende Bedeutung, weil die Politik der wirklichen Machthaber in Deutschland nicht auf der Täuschung der Massen beruht. Einer herrschenden Klasse stehen zur Erhaltung ihrer Macht immer zwei Wege offen: entweder muß sie durch ihre Politik die Volksmasse betören, oder sie muß sie durch Gewaltmittel niederhalten. Im ersten Fall ist es dann und wann nötig, daß die Herrschenden eine wirkliche kleine Konzession gewähren, denn hier bedeutet es das Ende ihrer Herrschaft, wenn die Masse sich von ihr abwandt. Daher kann die Bourgeoisie in England das Volk nicht so schamlos belasten; sie muß selbst einen großen Teil der Kosten des Imperialismus auf sich nehmen und mit demokratischen Reformen, wie jetzt einer kleinen Grundsteuer, das getrunne Vertrauen der Arbeitermassen neu auffrischen. Diese Methode möchten auch hier die liberalen Politiker anwenden; daher legten sie so hohen Wert auf eine kleine Erbschaftsteuer neben den Konsumsteuern. Aber die Junker und die Großkapitalisten, die hier regieren, wollen nichts davon wissen; sie rechnen auf die andre Methode auf die brutale Gewalt allein. Sie verzichten auf den schlaunen Betrug der Massen, sind auch zu dumm dazu; mit einem derben Fußtritt haben sie das schon eingefädelt Steuerneh zerrissen, wo es sie nur leise zu drücken drohte. Ihre Verwerfung der Erbschaftsteuer, vom englischen und vom liberalen Standpunkt eine ungläubliche politische Dummheit, paßt vollkommen zu den von altersher hier geltenden politischen Prinzipien. Dumm aber starr bleibt nach wie vor das Grundprinzip der junkerlichen Politik.

Natürlich packte dabei die liberalen Politiker eine blasse Angst vor den Folgen, die sich teilweise in einer scharfen Opposition Luft machte. Sie sahen den Abfall der Massen voraus und wußten nur zu gut, daß sie selbst das erste Kanonenfutter bilden würden. Grauen und Entsetzen erfüllt ihre Herzen bei jedem neuen Sieg der Sozialdemokratie; denn sie leben in parlamentarischen

Illusionen und sehen kaum, daß in Deutschland die politische Macht auf andern Dingen als Parlamentarischen beruht. Die Arbeiter dagegen wissen, daß dieser Gewinn der Massen für uns nur die Bedeutung einer zwar unerläßlichen, aber doch nebenfälligen Vorbedingung hat. Die eigentlichen Machtmittel der herrschenden Klasse bleiben dabei unangefastet.

Diese Machtmittel müssen wir in anderer Weise brechen. Dabei können uns die kleinbürgerlichen Massen nicht zum Siege verhelfen. Nur das Proletariat kann die dazu nötige Macht aufbieten. Nur das Proletariat beherrscht dermaßen das Wirtschaftsleben und kann so starke Organisationen bilden, daß es die Machtmittel der Junker besiegen kann. In diesem Kampfe können die Zwischenschichten nur machtlose Zuschauer sein. Natürlich ist es uns etwas wert, daß sie nicht für den Feind kämpfen; es ist sogar nötig bei diesem Kampfe, daß sie zuvor neutralisiert sind. Aber helfen können sie uns kaum. Wir müssen unseren Kampf selbst kämpfen. Daher vor allem müssen wir bei solchen Siegen wie jetzt ein kühles Haupt bewahren. Wir freuen uns über sie als Symptom des Abfalls von den herrschenden Klassen. Aber für unsere Abrechnung, für den eigentlichen Kampf um die Macht kann das Proletariat nur auf seine eigene Kraft rechnen.

## Gewerkschaftsbewegung.

### Der Kampf in Schweden.

Malmo, 4. November.

Nach dem letzten Bericht des Landessekretariats stehen noch insgesamt 15 000 Eisenarbeiter im Kampf, während 19 000 andre Arbeiter boykottiert sind, teils weil sie sich weigern, aus ihren Organisationen auszutreten, teils zur Strafe wegen Teilnahme am Generalstreik. Das System der „schwarzen Listen“ ist über das ganze Land ausgebreitet.

Als bei Ausbruch des Generalstreiks die Buchdrucker ebenfalls die Arbeit einstellten, schrie die kapitalistische Presse Zeter und Mordio wegen des angeblichen Tarifbruchs, und die Gerichte verurteilten den Buchdruckerverband zur Zahlung von vorläufig 52 000 Kronen Schwadenersatz. Die Eisenwerksgesellschaften haben vor etwa einem Jahre ein über das ganze Land geltendes Uebereinkommen getroffen, das u. a. folgende Bestimmung enthielt: Aussperrungen, Streiks und Arbeitseinstellungen sollen nicht unternommen werden, um eine Aenderung oder einen Zusatz zu dem geltenden Uebereinkommen zu erzwingen. Das Recht auf Organisation soll von keiner Seite angegriffen werden.

Trotz dieser klaren Bestimmungen verlangen die Unternehmer von den Arbeitern die schriftliche Verpflichtung zum Austritt aus ihrer Organisation und machen die Ausübung der Aussperrung davon abhängig. Dieser Vertragsbruch ist so offenkundig und doch findet sich hier kein Gericht, das die Unternehmer verurteilt. Bei den Buchdruckergehilfen war man gleich bei der Hand mit einem Urteil, trotzdem bei ihnen von einem Tarifbruch gar nicht die Rede sein kann, denn über die Haltung bei einem Generalstreik waren in ihrem Tarif keine Abmachungen getroffen.

Außer den vorgenannten 34 000 Arbeitern, die noch im Kampfe stehen und unterstützt werden müssen, ist die Zahl der Arbeitslosen sehr groß. Durch den langen Kampf in den Eisenwerken hat die Metallindustrie furchtbar gelitten. Viele Betriebe stehen still wegen Materialmangel. Die Aussichten auf Beschäftigung nach Beendigung des Kampfes sind schlecht, da viele Aufträge nach dem Ausland gegangen sind. Infolgedessen wächst die Zahl der Auswanderer mit jedem Tag. Die Einsammlungen des Nationalvereins gegen Auswanderung halten nur wenige zurück. Jetzt hat der Verein eine Postkarte zu 50 Öre herausgegeben, die das notwendige Kapital bringen soll. In einem Aufruf wird zum Kauf der Karte aufgefordert und darauf hingewiesen, daß mehr als 2 Millionen Schweden jetzt schon allein in den Vereinigten Staaten wohnen, und die Auswanderung von Tausenden von jungen Arbeitern nähme täglich zu, gerade diese brauche aber Schweden am notwendigsten.

In Schweden ist das Verhältnis nun so, daß jeder, der im Besitz von 1000 Kronen ist und sich auf dem Lande anbauen will, 5000 Kronen als Darlehen vom Staat erhält. Die ersten 1000 Kronen will nun der Antiauswanderungsverein den Arbeitern geben, um sie an die Scholle zu fesseln. Wie die Arbeiter darüber denken, habe ich vor kurzem ja berichtet.

„Es sind Ihnen einmal die Fenster eingeworfen worden?“

„Ja, das war der Weisinger. Und kein andrer.“

„Ich notiere mirs, Herr Dekan. Das ist jetzt einer. Aber dreihundert?“

„Ich blide wirklich trübe in die Zukunft, Herr Bezirksamtmann.“

„Otteneber machte eine verbindliche Bewegung.“

„Ich hoffe, daß die Herren selbst Einfluß haben. Die Wahlen fallen vielleicht besser aus, als wir denken.“

„Ich fürchte, ich fürchte, es gibt Ueberraschungen. Aber ich habe Ihre Zeit lange in Anspruch genommen.“

„Bitte, ich bin sehr dankbar für Ihren Besuch. Und für jede Unterstützung. Ich empfehle mich Ihnen.“

„Der päpstliche Hausprälat näherte sich der Türe. Unter derselben blieb er stehen. Er hatte noch etwas vergessen.“

„Herr Bezirksamtmann, pardon!“

„Sie wünschen?“

„Mein Amtsbruder in Erlbach schreibt mir, daß er mit solchen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.“

„So, so?“

„Ich möchte ihn warm empfehlen.“

„Was sich tun läßt . . .“

„Nochmals besten Dank, Herr Bezirksamtmann.“

Die Türe schloß sich und Otteneber war allein. Er setzte sich an den Schreibtisch und sah zur Decke hinauf.

„Weisinger, Stuhlberger, der Pfarrer von Erlbach. Es hätte noch mehr sein können,“ sagte er.

Und sein Gesicht nahm wieder den mürrischen Ausdruck an.

Ungewohnte Arbeit und eine neue Verantwortlichkeit das sind Dinge, die einen nicht fröhlich stimmen.

Diese Neuerungen, welche überall störend eingriffen und das Amtieren erschwert! Früher, ja, da war alles besser gewesen. Wer achtete früher auf die Unzufriedenheit der Bauern?

Sie drang nicht in die Öffentlichkeit; wenn einer mit seiner Klage in des Amt kam, sagte man ihm, es werde schon einmal besser werden, und man wolle überlegen, wo zu helfen sei.

Man schrieb und verordnete, und die Regierung war zufrieden, wenn auf dem Papiere alles in Ordnung war. Jetzt sollte mit einmahl alles aus großen Gesichtspunkten geschehen. Und dabei war alles im Ungewissen, nirgends eine feste Richtschnur.

Schimpften die Bauernbündler, dann empfand man es oben sehr unangenehm; schrien die Geistlichen in ihrer Presse, dann war es zweimal nicht recht.

Das pendelte hin und her. Dazu eine heillose Angst vor dieser lärmenden Bewegung, weil sie Volkschichten aufwühlte, die bisher so angenehm teilnahmslos waren.

In der Politik wird das Zuwenig gleich ein Zuviel, und ganz selten wird die Mitte eingehalten.

Solange noch etwas zu richten war, hatte man nicht auf die Bauern geachtet. Jetzt zeigte man eine übertriebene Furcht, die von den Geistlichen sorgsam genährt wurde. Zum Beispiel dieser vortreffliche Erlaß der Regierung! Die Vorstände der Bezirksamter sollten ein besonderes Augenmerk darauf haben, daß die bevorstehenden Gemeindevahlen ein gutes Ergebnis lieferten, daß insbesondere nicht die Führer der Bewegung in Vertrauensstellungen gelangen.

Das war richtige Studienweisheit, und der Verfasser

mochte glauben, wie klug er mit ein paar Federstrichen nützliche Verhaltensmaßregeln angegeben hatte.

Freilich, der persönliche Einfluß mußte hier das Beste tun.

So sagte auch der Abgeordnete, Hochwürden Herr Dekan Weh.

Das dachten sich die Leute so.

Franz Heinrich Otteneber, der Sohn des Landrichters gleichen Namens, und der Kerkel des Salinenadministrators Johann Otteneber, zuerst Schüler eines Gymnasiums, Student in München und späterhin durch lange Jahre Professor in einer fränkischen Kreisstadt, sollte seinen persönlichen Einfluß geltend machen. Bei den Dickhäuteln der oberbayerischen Hochebene, deren Sprache er kaum verstand, und die ihm so fremd waren, wie die Neger an den Strömen Afrikas.

Aber eines war gewiß.

Er durfte den Erlaß seiner vorgelegten Regierung nicht einfach beiseite legen; er mußte Eifer zeigen.

Nach längerer Ueberlegung hatte er das vertrauliche Schreiben an die Pfarrer seines Bezirks gerichtet, bestreift Gemeindevahlen. Mit der Bitte, die Leute namhaft zu machen, welche sich in der Agitation für den Bauernbund hervortaten oder von denen solches zu erwarten stand.

Das Ergebnis war befriedigend.

Otteneber konnte einen umfangreichen Akt anlegen, der als Beweis für einen bereitwilligen Fleiß gelten durfte.

Nicht jeder Pfarrer schickte eine Liste. Aber der Ausfall wurde gedeckt durch den Eifer der andern.

Die längste kam aus Erlbach. (Fortf. folgt.)